

Frauenstimmrecht auf dem Vormarsch

Die politische Gleichberechtigung befindet sich in unserem Land auf dem Vormarsch. Nachdem die Gemeinden in den letzten Jahren nur zaghaft von der Möglichkeit der Einführung des Frauenstimmrechts auf Gemeindeebene Gebrauch gemacht hatten, fanden Ende vergangener Woche gleich in drei Gemeinden – Planken, Ruggell und Schellenberg – entsprechende Abstimmungen statt. In allen drei Gemeinden sprachen sich die Stimmberechtigten deutlich für die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts aus und verhalfen somit der politischen Gleichberechtigung zu einem wichtigen Teilerfolg. . . .

Liechtensteiner Vaterland, 13. Dezember 1983

Eschen: Knappes Ja für das Frauenstimmrecht

Mit einer hauchdünnen Mehrheit entschieden sich die stimmberechtigten Männer der Gemeinde Eschen gestern Sonntag für die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts auf Gemeindeebene. Eschen ist damit (nach Vaduz, Gamprin, Planken, Schellenberg und Ruggell) die sechste Gemeinde Liechtensteins, in der die Frauen in politischer Hinsicht den Männern (endlich!) gleichgestellt sind. Mit 275 Ja zu 267 Nein (bei 8 leeren und 3 ungültigen Stimmen) fiel das Ergebnis allerdings äusserst knapp aus. Die Stimmbeteiligung lag bei rund 88 Prozent . . .

Liechtensteiner Volksblatt, 16. Januar 1984

FBP-Vorstoss für das Frauenstimmrecht!

Die Fraktion der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) hat in der Landtagssitzung vom letzten Mittwoch, den 9. Juni drei Motionen eingereicht, welche alle direkt und indirekt die baldmöglichste Verwirklichung der politischen Gleichberechtigung der Frauen in Liechtenstein zum Ziel haben . . .

Die Motion I beauftragt die Regierung, eine Verfassungsvorlage betreffend die Einführung des Frauenstimmrechtes vorzubereiten und dem Landtag zur Beschlussfassung zu unterbreiten . . .

Motion II beauftragt die Regierung, eine Verfassungsvorlage vorzubereiten, die bestimmt, dass Frauen, die das Landesbürgerrecht durch Verheiratung erworben haben, das Stimmrecht erst nach einer mehrjährigen Karenzfrist erhalten . . .

Motion III erteilt der Regierung den Auftrag, eine Abänderung des Gemeindegesetzes auszuarbeiten, welche zum Ziel hat, dass jeder Liechtensteiner die gleichen politischen Rechte in Gemeindeangelegenheiten hat, und zwar ungeachtet der Tatsache, ob er in seiner Heimatgemeinde wohnt oder nicht . . .

Liechtensteiner Volksblatt, 12. Juni 1982

Gemeinsamer Weg zum Frauenstimmrecht

Die beiden Fraktionen der Vaterländischen Union und der Fortschrittlichen Bürgerpartei beschlossen anlässlich der Landtagssitzung vom Mittwoch im Hinblick auf die Einführung des Frauenstimmrechtes, einen gemeinsamen Weg zu beschreiten. In mehreren interfraktionellen Sitzungen kam man überein, ein gemeinsames Postulat einzureichen, mit dem die Regierung eingeladen wird, die mit der Einführung des Frauenstimmrechtes zusammenhängenden Probleme zu prüfen. Die FBP-Fraktion erklärte sich bereit, zwei Motionen bezüglich der Einführung einer Karenzfrist und in bezug auf die politische Rechtsstellung der «Auswärtigen» zurückzuziehen. Die VU-Fraktion stimmte ihrerseits jener FBP-Motion zu, mit der die Regierung den Auftrag erhält, ein Verfassungsgesetz bezüglich der Einführung des Frauenstimmrechtes vorzubereiten . . .

Liechtensteiner Vaterland, 2. Juli 1982

POSTULAT

Die unterzeichneten Abgeordneten der Fraktion der Vaterländischen Union und der Fraktion der Fortschrittlichen Bürgerpartei stellen hiermit, gestützt auf § 30 der Geschäftsordnung, dem versammelten Landtag den Antrag:

Der Landtag wolle beschliessen, die Regierung sei einzuladen,

- die mit der Einführung des Frauenstimmrechtes zusammenhängenden Probleme zu prüfen, insbesondere
- in Bezug auf die Einführung einer Karenzfrist für die eingetragene Ausländerin
- und in Bezug auf die politische Rechtsstellung der "Auswärtigen" (Liechtensteiner mit liechtensteinischem Wohnsitz ausserhalb der Heimatgemeinde),

dem Landtag hierüber Bericht zu erstatten und die nach ihrer Auffassung notwendigen gesetzgeberischen Massnahmen vorzuschlagen.

Begründung: Die beiden Fraktionen haben in interfraktionellen Besprechungen vereinbart, obiges gemeinsame Postulat einzubringen. Zur Vorbereitung von gesetzgeberischen Massnahmen ist eine eingehende Prüfung der Gesamtproblematik durch die Regierung nötig, welche besonders die im Postulat genannten Problemkreise umfasst.

Vaduz, 30. Juni 1982

Unterschriften:

[Handwritten signatures of the members of the Fraktion der Vaterländischen Union and the Fraktion der Fortschrittlichen Bürgerpartei]